Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 150 Rpfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Postboten und unsere Ausgeber und Geschäftsstellen geddkr. Einzelnummern

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebener Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz. nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 235 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 8. Oktober 1930

Am Beobachtungsstand.

Die zerstörten Körper der 50 Toten werden feierlich zu Grabe geleitet, — aber die Lebenden haben ein Recht darauf, zu erfahren, ob die Katastrophe des „R. 101" wirklich nur ein unvermeidbares Unheil war. Oder ob Fahrlässigkeit, ob ein direktes Verschulden mitsprechen. Gewiß sind viele von jenen, die die Verantwortung für das Luftschiff und seine Fahrt getragen haben, selbst dem Flammentode zum Opfer gefallen. Sicherlich haben auch jene nicht unrecht, die allein schon im Hinblick auf die fünfjährige Baugeschichte des Luftschiffes ein Unheil nicht für unmöglich erklärten, das allzu leicht durch widrige Elementarereignisse ausgelöst werden könnte, — und ihre Stimmen sind jetzt so laut geworden, daß die Kritik hinübergreift auf das ganze Unternehmen einer Fahrt nach Indien. Dorthin sollte das Luftschiff fahren, sollte dann bald wieder umkehren und damit eine doppelte politische Aufgabe lösen: die Gegner des englischen Luftfahrtwesens im eigenen Lande sollten durch den Erfolg sozusagen mundtot gemacht werden, denn auch die Fahrt des „R. 100" nach Kanada hatte die Kritiker nicht verstummen lassen. Und, daß gerade Indien zum Ziel für den „R. 101" gesetzt wurde, hat gleichfalls eine nur allzu durchsichtige politische Bedeutung. Zumal da gerade jetzt in London die allbritische Reichskonferenz tagt, die Probleme des englischen Weltreiches aufgerollt werden. Eine Rekord- und dazu noch eine „politische" Fahrt — über die Verantwortlichen schließt sich das Grab, auch darüber, ob nicht letzten Endes in dieser politischen „Zielsetzung" die Ursache zu suchen ist. Und wenn das der Fall sein sollte, dann ergänzt sich das Unglück zu einem auch politischen Mißerfolg. Hatte man doch gerade wegen der Absicht der Indienfahrt sogar allerhand Befürchtungen über Attentate u. dgl. gehabt und umfassende Vorsichtsmaßregeln für die Sicherung des Luftschiffes ergriffen. Der Tod der 50 Menschen verbietet es dem Nichtengründer, hier Kritik zu üben, und Diskussionen nützen nichts.

Internationale Diskussionen pflegen überhaupt sehr selten zu nützen, weil die Grenzen nicht nur eine Scheidung der Länder bedeuten, sondern auch eine solche der Völker. Und selten versteht man hüben, was der dort drüben jenseits der Grenze will und denkt. Nun ist wieder von Frankreich her aus politisch hochangesehener Feder die Erklärung erfolgt: „Wir gehen einem neuen Kriege entgegen!" Warum und wieso? ist die erstaunte Gegenfrage. Weil es „absurd sei, abzuleugnen, daß das Wettrüsten zu einem Kriege führen müsse". Von Logik ist dabei nicht viel zu spüren, aber auf den naheliegenden Einwand, die „drohende Kriegsgefahr" durch allgemeine Abrüstung aus der Welt zu räumen, wird im Gegenteil von Paul-Boncour, also einem wirklich angesehenen Politiker Frankreichs, immer nur geantwortet: „Bewaffnen wir uns!" Neue „internationale Sicherheiten" müßten geschaffen werden. Neue Verträge also? Wenn die bisherigen den Krieg angeblich nicht verhindern können, dann dürften auch neue kaum dazu imstande sein. „Neue und unzweideutige Garantien" werden für die doch wirklich schon durch alle möglichen Maßnahmen garantierte Sicherheit gefordert; man könnte darüber lächeln, wenn es nicht — zu ernsthaft wäre. Die Welt ist erfüllt von schwerster Wirtschaftsnot und in den wichtigeren Industriestaaten sind einer knappen Rechnung zufolge 15 Millionen Menschen arbeitslos. In Frankreich freilich spürt man davon nicht allzuviel und hat darum offenbar auch mehr Zeit, sich mit der „großen Politik" zu beschäftigen. Natürlich auch mit dem Stahlhelmtag in Koblenz, obwohl dort nicht ein Wort fiel, das jenseits der Grenze zu dem lauten Geschrei der Presse über Deutschland Veranlassung geben konnte. Diese „Angstausbrüche" werden aber so schlecht gespielt, daß ihrer in Deutschland niemand mehr achtet.

Wir haben ja wirklich unsere eigenen Sorgen! Der Reichskanzler hat allen Parteien — abgesehen von den Kommunisten — sein Programm offiziell vorgelegt und wird von dem Resultat der Verhandlungen nun auch dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Über eine „Sondierung" ist man dabei kaum hinausgekommen, wenn auch hier und da Dr. Brüning wenigstens bei den Mittelparteien auf Zustimmung, aber rechts und links — offiziell wenigstens — auf mehr oder minder scharfe Kritiken, Abänderungs- oder Erweiterungswünsche stieß. Die endgültige Entscheidung liegt ja erst bei den Parteien selbst und hier ist so manches eingetreten, was auf die Lage hier und da ein helleres Licht wirft. So die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages beim Ministerpräsidenten Preußens, den Landtag aufzulösen. Freilich wird es auch hier erst noch einen Parlamentskampf geben; auf alle Fälle schwächt es aber schon jetzt eine etwaige Neigung ab, das politische Schwergewicht durch personelle Umstellungen in der Regierung selbst nach rechts zu verlegen. In der nächsten Woche tritt ja nun auch der Reichstag zusammen; bis zu dieser Zeit werden, gerade wie Paul-Boncour das empfiehlt, die Parteien „neue und unzweideutige Garantien" verlangen. Und sich wegen angeblich mangelnder „Sicherheit" bis an die Zähne bewaffnen. Allerdings wäre bei dem Ernst der Gegenwart die innenpolitische Abrüstung wertvoller für unser ganzes Volk.

Die Auflösung des Landtages abgelehnt

Wieder ergebnislose Ministerpräsidentenwahl — S.P.D. gegen Landtagsauflösung
Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei

Haus und Tribünen sind voll besetzt.

Abg. Edel (Soz.): Die widerspenstigen Parteien sollten heute zur Wahl des Ministerpräsidenten durch die Drohung mit der Landtagsauflösung gezwungen werden. Die Rechtsparteien sollten sich lieber einmal um den ungeheuren Schlendrian in unserem Finanzwesen kümmern, z. B. darum, wie die Steuerstundungen vor sich gegangen seien. Seine Partei werde die Bildung eines Untersuchungsausschusses beantragen, der beauftragt werden soll, diesen Skandal der Wirtschaftspartei bloßzulegen. In dieser Situation werde seine Partei die Anträge auf Auflösung des Landtages ablehnen. Der Redner rechnet weiter mit den Kommunisten ab, die sich als Zutreiber der Reaktion betätigten. (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten. Ordnungsrufe des Präsidenten.) Seine Partei habe ihre Mitarbeit an der Regierung zugesagt, wenn das sozialdemokratische Programm erfüllt werde. Eine nationalsozialistische Regierung werde seine Partei nicht fördern.

Abg. Kaiser (Wp.) erklärt, die Fraktionen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, des Landvolks, der Deutschen Volkspartei, Konservativen, Christlichsozialen, Volksrechtspartei und Wirtschaftspartei hätten sich dahin geeinigt, Dr. Krug von Nidda als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. (Aha-Rufe links.) Dem von der Sozialdemokratie angedrohten Untersuchungsausschuß sehe die Wirtschaftspartei mit Ruhe entgegen.

Abg. Sindermann (Komm.) verliest in einer längeren Erklärung die kommunistischen Forderungen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Jetzt stehe das Brüning-Programm im Vordergrunde aller politischen Ereignisse. In einem solchen Moment eine politische Regierung in Sachsen bilden zu wollen, sei nicht richtig. Man möge jetzt sachliche Arbeit mit der Geschäftsführenden Regierung leisten und vor allem den Etat erledigen. Seine Partei schlage deshalb den Minister Richter als Ministerpräsidenten vor. Dem Antrag auf Auflösung des Landtages würden seine Freunde jetzt nicht zustimmen. Es wäre ein schwerer Fehler, mit den Nationalsozialisten zu arbeiten, als mit den Sozialdemokraten. (Aha-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Lasse (Vn. Rv.) erklärt, Dr. Dehnes Worte seien ihm aus dem Herzen gesprochen gewesen. Seine Partei werde ebenfalls für den Minister Richter stimmen.

Das Haus schreitet hierauf zur

Wahl des Ministerpräsidenten,

die folgendes Ergebnis zeitigt: Dr. Krug von Nidda 46 Reichstagsabgeordneter Lipinski 32, Landtagsabgeordneter Renner 13 und Minister Richter 5 Stimmen. Keiner der Gewählten hat die erforderliche Mehrheit erhalten, die Wahl ist also wieder ergebnislos verlaufen.

Es folgt die Beratung der von den Kommunisten und Nationalsozialisten gestellten

Anträge auf Auflösung des Landtages.

Abg. Wehner (Komm.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag. — Abg. Dr. Fritzsch (Nat.-Soz.) bezeichnet die Auflösung des Landtages als notwendig; die Wähler würden sich in ihrer Mehrheit gegen den Marxismus wenden. Kennzeichnend sei das Geständnis der Demokraten, daß ihnen die Sozialdemokraten lieber seien als die Nationalsozialisten.

Abg. Lasse (Volksn.): Weil sie ehrlicher sind!

Abg. Kunz (Nat.-Soz.): Sie unverschämter Bengel! Große Unruhe. Der Präsident weist den Abg. Kunz aus dem Saale.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.): Seine Partei wünsche den berufsständischen Staat. Er hoffe, daß es diesem Parlament noch möglich sein werde, eine nationale Regierung zu bilden. Den Oppositionsparteien sollte man Gelegenheit geben, das zu erfüllen, was sie ihren Wählern versprochen haben. Angesichts der Rede Dr. Dehnes stimmten seine Freunde heute noch nicht der Auflösung des Landtages zu, sondern enthielten sich der Stimme.

Abg. Hardt (D. Vp.): Der Mehrzahl der Wähler sei es gleichgültig, was für eine parlamentarische Grundlage die Regierung habe, wenn sie nur sauber regiere.

Abg. Siegert (Dtn.): Seine Fraktion werde den Auflösungsanträgen zustimmen, denn sie könne die Groteske, wie man sie auch heute wieder erlebt habe, nicht mehr mitmachen. (Zuruf: Hängen Sie sich doch auf!) Nein, wir wollen den Landtag aufhängen! (Heiterkeit) Diese Regierung könne machen, was sie wolle, ohne daß sie gestürzt werden könne.

Nach längeren Schlußworten der Abgg. Wehner (Komm.) und Studentkowsky (Nat.-Soz.) findet eine namentliche Abstimmung über die Auflösungsanträge statt.

Die Auflösung des Landtages wird abgelehnt mit 55 Stimmen, für Auflösung stimmen 30 Abgeordnete der NSD., Nationalsozialisten und Deutschnationalen. 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 9. Oktober, mittags 1 Uhr.

Die Spaltung der Deutschen Staatspartei

Abmarsch des Jungdeutschen Ordens.

Der Hauptaktionsausschuß der Deutschen Staatspartei trat zusammen, um über die zukünftige Organisation der Staatspartei zu beraten und die Meinungsverschiedenheiten zu klären, die sich über einige Fragen in der Partei ergeben haben. Es entwickelten sich lebhafte Auseinandersetzungen, die mehrere Stunden dauerten und an deren Schluß eine von den beiden widerstrebenden Flügeln, den früheren Angehörigen der Deutschen Demokratischen Partei und den Anhängern des Jungdeutschen Ordens, gemeinsam verfaßte Entschließung folgenden Inhalts herausgegeben wurde:

„In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses der Deutschen Staatspartei am Dienstag wurde ein Antrag, angesichts der hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit die verschiedenen politischen Gruppen in ihrer organisatorischen Selbständigkeit zunächst unberührt zu lassen, abgelehnt. Des weiteren wurde der Antrag, die Führung durch Ausschaltung bestimmter Persönlichkeiten zu ändern, abgelehnt. Hiernach erklärten Herr Mahraun und die übrigen Mitglieder der Volksnationalen Reichsvereinigung (Jungdo) ihren Austritt aus der Deutschen Staatspartei mit der Begründung, daß weltanschauliche Gegensätze ihnen das weitere Verbleiben in der Deutschen Staatspartei unmöglich machten."

Wie man hört, soll zwar die Staatspartei vorläufig als Zusammenschluß der demokratischen und der volksparteilichen Politiker bestehen bleiben. Aber beide Gruppen, d. h. Staatspartei und die ausgeschiedenen Jungdoleute, besitzen mit 14 resp. sechs Abgeordneten keine Fraktionsstärke mehr im Reichstag (Mindestzahl 15 Mandate). Im wesentlichen hatte der Jungdeutsche Orden das Ausscheiden des preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff und des Abgeordneten Oskar Meyer aus der Parteileitung verlangt. Auch die demokratischen Abgeordneten Dr. Stolper und Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sollen vom Jungdeutschen Orden nicht als geeignete Vertreter angesehen werden, da sie zu weit nach links stehen und in kulturellen Dingen nicht mit dem Orden übereinstimmten.

Mahraun und Bornemann über die Gründe

Die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigung entwickelten in einer Pressebesprechung die Gründe, die zum Ausscheiden der Volksnationalen Reichsvereinigung aus der Deutschen Staatspartei geführt haben.

Mahraun erklärte, er und seine Freunde hätten bei der Gründung der Staatspartei das Ziel verfolgt, dem negativen Radikalismus der Nationalsozialisten eine aktivistische Front der staatsbejahenden positiven Kräfte entgegenzusetzen und in dieser Front alle zu sammeln, die zwischen Marxismus und negativem Rechtsradikalismus ständen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Staatspartei hätten gezeigt, daß mit ihr in ihrer jetzigen Zusammensetzung dieses Ziel nicht zu erreichen sei. Die Trennung habe wegen weltanschaulicher und organisatorischer Gegensätze erfolgen müssen. Dabei hätten aber keineswegs so kindliche Dinge wie Antisemitismus oder Antikapitalismus eine Rolle gespielt.

Der Abgeordnete Bornemann ergänzte diese Ausführungen. Die Volksnationalen würden ihr altes Ziel nicht aufgeben, sondern jetzt erst recht große Aktivität entfalten. Sie würden rund 10 000 Versammlungen in ganz Deutschland einberufen, um die Sammlung der aktivistischen staatsbejahenden Kräfte herbeizuführen.

Koch-Weser legt den Parteivorsitz nieder.

Reichsminister a. D. Koch-Weser hat auf Grund der Vorgänge in der Staatspartei den Vorsitz der Deutschen Demokratischen Partei niedergelegt und veröffentlicht folgende Erklärung: „Nachdem die Volksnationalen zu meiner tiefen Enttäuschung den Austritt aus der Staatspartei vollzogen haben, lege ich mein Amt als Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei nieder. An dem Ziel einer Sammlung der Elemente der Mitte, die auf dem Boden des heutigen Staates und der heutigen Wirtschaftsordnung stehen und die bereit sind, sie nach rechts ebenso wie nach links zu verteidigen, halte ich fest. Die Zeit für eine solche Entwicklung ist reif, ja überreif. Möchten die Menschen dazu reif werden, ehe es zu spät ist."

Reichsregierung und Spaltung.

Berlin, 8. Oktober. Die Spaltung der Deutschen Staatspartei, die in der Dienstagsitzung des Hauptaktionsausschusses der Partei praktisch zur Tatsache geworden ist, wurde in Regierungskreisen auf ihre politischen und parlamentarischen Konse-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF